

Nein zum drohenden Prämienschock

GESUNDHEITSKOSTEN Der Kanton Zürich ist gegen eine neue Regelung der Prämienregionen für die Krankenkassen. Das geht aus der Antwort des Regierungsrats auf eine Anfrage von drei Kantonsräten aus dem Bezirk Meilen hervor.

Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) führt eine Vernehmlassung zur Neuordnung der Prämienregionen durch: Demnach sollen ab 2018 nicht mehr die Gemeinden den Prämienregionen in den Kantonen zugeteilt werden, sondern die Bezirke. Das heisst zum Beispiel: Der Bezirk Meilen würde künftig als Ganzes der teuersten der drei Prämienregionen im Kanton zugeteilt. Davon wären auch vergleichsweise finanz-

schwache Gemeinden wie Oetwil oder Hombrechtikon betroffen.

Die Kantonsräte Tumasch Mischol (SVP, Hombrechtikon), Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) und Theres Weber-Gachnang (SVP, Uetikon) wollten vom Kantonsrat wissen, wie er die Pläne des Bundes beurteilt – und ob er Alternativen vorschlage, welche die Unterschiede bei den Gesundheitskosten in den Gemeinden berücksichtigten. Sie wiesen darauf hin, dass die Krankenkas-

senprämien mit dem neuen Einteilungsmodell im Bezirk stark steigen würden – um rund 600 Franken jährlich pro Person.

Beispiel Hombrechtikon

Am Beispiel von Hombrechtikon berechneten die drei Kantonsräte Zusatzkosten von total 4 Millionen pro Jahr, was 14 Prozent des Steuerertrags ausmache und einen veritablen «Prämienschock» für die Einwohner bedeute. Es gehe nicht, dass künftig alle Gemeinden eines Bezirkes einfach der gleichen Prämienregion zugeteilt würden – ohne Rücksicht auf deren Kostenentwicklung und Finanzkraft.

Der Regierungsrat stimmt der Kritik der Kantonsräte in seiner Stellungnahme nun weitgehend zu. Er lehne den Vorschlag des EDI zu Prämienregionen auf der Grundlage von Bezirken ab, stellt er klar. Er plädiere dafür, die bisherige Einteilung auf der Basis der einzelnen Gemeinden beizubehalten. Es gebe bei den Kosten und beim Verhalten im Gesundheitsbereich je nach Gemeinde in der Tat erhebliche Unterschiede, argumentiert der Regierungsrat. Zudem seien die Bezirke als Einheiten für das Gesundheitswesen und seine Finanzierung gar nicht relevant. Die ablehnende Haltung des Kantons gegenüber dem

Vorschlag des EDI in der Vernehmlassung sei im Übrigen «breit abgestützt» und werde von allen Beteiligten getragen.

Folgen einer Einheitsregion

Weiter wollten die drei Kantonsräte aus dem Bezirk wissen, was passieren würde, wenn es im Kanton Zürich nur noch eine Prämienregion gäbe – statt wie bisher drei. Dazu hält der Regierungsrat fest: Tendenziell würden die Krankenkassenprämien in ländlichen Gebieten steigen und in städtischen Regionen sinken. Der Anstieg oder Rückgang läge je nach Gemeinde zwischen 0 und 10 Prozent. René Pfister